



Zentralverband der Mitarbeiter/innen in Einrichtungen der kath. Kirche Deutschlands e.V.
Landesverband ErzieherInnen



Bundesverband
Evangelischer
Erzieherinnen
und
Sozialpädagoginnen e.V.



Landesverband Nordrhein-Westfaler

7. August 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Landesregierung hat mit ihrem Entwurf des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) *vorge stellt*, wie sie die Arbeit in Tageseinrichtungen und Tagespflege künftig verändern will.

Es handelt sich um einen Entwurf,

auch wenn im Schreiben des Ministerpräsidenten und in einer Hochglanzbroschüre des Ministeriums der Eindruck erweckt wird, das Gesetz sei bereits beschlossen. Das wird frühestens nach der 3. Lesung am 25.10 2007 der Fall sein.

Inzwischen formiert sich massiver Widerstand. Selbst die Trägerverbände, die den Konsens im Vorfeld des Gesetzentwurfs mit getragen haben, lehnen ihn inzwischen ab.

Für die Beschäftigten in den Tageseinrichtungen ist zu befürchten, dass das weitgehend auf die Träger verlagerte Finanzierungsrisiko durch erzwungene Arbeitszeitverkürzungen und die Aufnahme zusätzliche Kinder in die Gruppen an die MitarbeiterInnen weiter gereicht wird.

Die angeblich so ungeheuer innovativen Ziele wie „individuelle Bildungsförderung und Bildungsdokumentation, intensivere Sprachförderung, Unterstützung der Familie in Erziehung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind schon jetzt in den Konzeptionen der Tageseinrichtungen fest verankert und erfordern schon heute mehr personelle Ressourcen, als zur Verfügung stehen.

Das neue Gesetz hat zur Folge:

Die Höhe der Finanzierung ist abhängig von den Buchungszeiten der Eltern.

Wo bleibt da die Planungssicherheit für die Träger?

Wo bleibt die Sicherheit des Arbeitsplatzes für die Beschäftigten, wenn alljährlich neue Stundenzahlen für je nach Buchungszeiten der Eltern festgelegt werden müssen?

Das versprochene Plus von 150 Millionen für 2008 gleicht nicht einmal die Sachkostenkürzungen der vergangenen Jahre aus, und dann sollen daraus noch der Ausbau für die Kinder unter 3 Jahren, die Finanzierung der Sprachförderung und der Familienzentren und die Absenkung des Trägeranteils für die kirchliche Träger finanziert werden.

In diesem Gesetzentwurf stehen wieder einmal nicht die Kinder und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt, sondern die Verteilung der unzureichenden Mittel!

Uns reicht´s!!

So nicht!

Unter diesem Motto haben überregionale Träger eine Elterninfo verfasst, in denen auf zentrale Unzulänglichkeiten des Entwurfs aufmerksam gemacht wird.
Mit einer Unterschriftenliste, die zum Stopp des KiBiz auffordert, werden bis zum 9.9.2007 Unterschriften gesammelt.

Bei einer

Demonstration am 15.9.2007 in Düsseldorf

Johannes-Rau-Platz/ Nähe Landtag, Beginn 14.00Uhr

soll der Protest gegen die vorgesehenen Verschlechterungen zum Ausdruck gebracht werden. Die Unterschriften werden dann dem Ministerpräsidenten und der Landtagspräsidentin übergeben.

Weiter wenden wir uns an Euch mit der Bitte, die Flugblätter an die Eltern weiter zu geben, für das Sammeln von Unterschriften zu sorgen und für die Teilnahme an der Demo zu werben.

Unterstützt diese Aktivitäten!

Die in diesem Schreiben angesprochenen Materialien sowie Hinweise auf weitere Aktivitäten und Termine sind vor allem auf der Internetseite: www.weil-kinder-zukunft-sind.de zu finden. Flugblätter und Plakate können über E-Mail bestellt werden bei: heinz.wagner@verdi.de

Wenn wir uns nicht jetzt gegen die weiteren Verschlechterungen wehren, haben wir es nicht besser verdient!

Kinder brauchen aber bessere Bedingungen – jetzt!

Mit kollegialen Grüßen

Helga Tillmann

Gudrun Erlinghagen

Sabine Pierog

Marianne Buhl